

Der Darfur-Konflikt: Die Gewalt beenden – politische Lösung suchen – den Friedensprozess unterstützen – humanitäre Hilfe ermöglichen

Deutsche Nichtregierungsorganisationen fordern Bundesregierung und Europäische Union zu entschlossenem Handeln auf

I. Der Darfur-Konflikt

Seit dem Ausbruch der gewaltsamen Auseinandersetzungen in der sudanesischen Region Darfur im Frühjahr 2003 leidet die Zivilbevölkerung zunehmend unter systematischer Verfolgung und Vertreibung, Vergewaltigung und Ermordung. Mehr als 200.000 Menschen sind seitdem Opfer der Gewalt geworden. Über zwei Millionen Menschen leben in Flüchtlingslagern – mindestens vier Millionen sind von internationalen Hilfeleistungen abhängig. In der Region tätige Hilfsorganisationen und Menschenrechtsorganisationen haben seit Jahren auf die massiven Menschenrechtsverletzungen und die Leiden der Zivilbevölkerung hingewiesen.

Das Darfur-Friedensabkommen (DPA), im Mai 2006 in Abuja unterzeichnet, ist de facto gescheitert. Seitdem hat sich die Lage in der Krisenregion weiter verschlechtert. Die Gewalt hat eher noch zugenommen, es gibt weniger Sicherheit für die Zivilbevölkerung und für Hilfsorganisationen. Die Rebellengruppen sind in zahlreiche Fraktionen zersplittert. Die sudanesische Regierung setzt mit Unterstützung der Janjaweed-Milizen verstärkt auf eine militärische Lösung des Konflikts. Das Scheitern des Friedensprozesses ist auch auf Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen, weil z.B. unterlassen wurde, alle am Konflikt beteiligten Gruppierungen und insbesondere zivilgesellschaftliche Gruppen zu beteiligen und die notwendige Zeit für ein umfassendes Friedensabkommen einzuräumen.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge können aufgrund der anhaltenden Gewalt nicht in ihre Wohngebiete zurück und sind daran gehindert, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Sie sind auf humanitäre Hilfe und Unterstützung auch durch internationale Organisationen angewiesen. Durch die verschlechterte Sicherheitslage und bürokratische Erschwernisse können Hilfsorganisationen weite Teile der betroffenen Bevölkerung nicht erreichen, die Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern sowie die medizinische Versorgung sind nur eingeschränkt möglich. Laut Angaben der Vereinten Nationen können derzeit nur 64 Prozent der hilfebedürftigen Menschen erreicht werden. 2006 mussten weitere 450.000 Menschen ihre Wohngebiete aufgrund der Sicherheitslage verlassen, womit sich die geschätzte Zahl der Vertriebenen aufgrund des Konfliktes auf 3 Millionen erhöht hat.

II. Mögliche Lösungen / politische Forderungen

Es ist heute dringender denn je notwendig, nach Lösungen zu suchen, die die Gewalt beenden, den Friedensprozess wieder in Gang setzen und die Rückkehr der Menschen in ihre angestammten Gebiete ermöglichen. Kurzfristig muss vor allem der Schutz der Zivilbevölkerung durchgesetzt und der Zugang für humanitäre Hilfslieferungen gewährleistet werden, um weiteres Leid und Sterben zu verhindern.

Bei der Suche nach Lösungen darf der Blick nicht auf den Darfur und die dort stattfindende humanitäre Tragödie verengt werden. Darfur ist Teil einer gesamtpolitischen Krise des Sudan und der umliegenden Region (Tschad, Zentralafrikanische Republik, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Uganda, Demokratische Republik Kongo). Das Scheitern der Friedensverhandlungen mit den Rebellengruppen in Darfur sowie zwischen der Regierung Nordugandas und der LRA

(sog. „Juba Talks“) könnten zu einer Destabilisierung der gesamten Region beitragen. Zudem ist zu beachten, dass Rohstoffvorkommen und geostrategische Interessen in der Region ein kohärentes Agieren der internationalen Gemeinschaft bisher verhindert haben.

Vor diesem Hintergrund fordern deutsche Nichtregierungsorganisationen die Bundesregierung und die Europäische Union auf,

- sich für ein sofortiges Ende der Gewalt und für die Herbeiführung einer politischen Lösung des Darfur-Konflikts einzusetzen. Erster Schritt sollte sein, auf einen von allen Seiten akzeptierten Waffenstillstand zu drängen, der den Schutz der betroffenen Zivilbevölkerung und ihre Versorgung sicherstellt;
- sich dafür einzusetzen, dass ein umfassender und alle am Konflikt beteiligten Parteien und Gruppierungen einschließender Friedensprozess neu initiiert wird, also auch die Nichtunterzeichner des DPA an den Verhandlungstisch bringt;
- die aktuelle EU-Präsidentschaft und den G8-Gipfel in Heiligendamm dazu zu nutzen, die Europäische Union und die G8-Staaten zu einem kohärenten Vorgehen gegenüber den Konfliktparteien zu bewegen;
- insbesondere die Afrikanische Union und die Arabische Liga sowie andere Beteiligte der internationalen Gemeinschaft für einen inklusiven Friedensprozess zu gewinnen und mit einer entsprechenden, abgestimmten Position gemeinsam dafür einzutreten;
- darauf zu drängen, alle am Konflikt beteiligten und von diesem betroffenen Gruppen, insbesondere aber die relevanten zivilgesellschaftlichen Kräfte, und hier wiederum insbesondere die Frauen, am Friedensprozess zu beteiligen.

Unterzeichner:

action medeor e.V.	Diakonie Katastrophenhilfe
Deutsches Medikamentenhilfswerk	Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
amnesty international	Handicap International e.V.
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
AWO International e.V.	Malteser International
Brot für die Welt	medico international e.V.
CARE International Deutschland e.V.	Misereor
Caritas international	Bischöfliches Hilfswerk e.V.
Darfur-Hilfe Verein e.V.	Oxfam Deutschland e.V.
Deutsche Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.	Terra Tech Förderprojekte e.V.
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.	WADI e.V.
Deutsche Welthungerhilfe e.V.	WORLD VISION Deutschland e.V.